

BDL will mehr Bandbreite für alle - sofort



Problem erkannt, Problem gebannt? Weit gefehlt. Zwar bestätigt auch die Bundeskanzlerin, dass die Breitbandanbindung für die Leute hierzulande zur Daseinsvorsorge gehört, aber passiert ist seit ihrem Regierungsantritt wenig. „Wir haben im Grundgesetz «die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet» stehen. Das heißt, wir müssen ländliche Regionen unterstützen“, sagt Dr. Angela Merkel. Und die Regierungschefin weiß auch, dass die Versorgung jedes Haushalts mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde - das soll Ende 2018 Wirklichkeit sein - nicht reichen wird.

„Wir brauchen Anschlüsse der Gewerbegebiete, wir brauchen Anschlüsse der Schulen, wir brauchen Anschlüsse natürlich auch der Verwaltung - und da müssen wir in das Gigabit-Zeitalter hineingehen. Wir brauchen eine einheitliche, möglichst auch europäisch einheitliche 5G-Technologie“, sagte sie bei der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages.

„Warum spricht sie das erst jetzt - am Ende der Legislaturperiode - so deutlich an?“, fragt sich Sebastian Schaller, der Vorsitzendes des Bundes der Deutschen Landjugend (BDL) e.V. Seit anderthalb Jahrzehnten mahnt sein Verband Breitband für alle an - jedes Jahr, jede Wahlperiode aufs Neue, weil schnelles Netz den Unterschied machen kann - insbesondere auf dem Land.

Bis jetzt hat aber kaum ein Bundespolitiker sich tatsächlich an die Zukunft gewagt - in eine Zukunft, die weit über das 50 MBit/s-Ziel für alle Haushalte hinauschießt. „Wenn das Problem so eindeutig zu benennen ist, dass es auch für unsere Bundeskanzlerin eine Selbstverständlichkeit ist, warum doktern wir dann noch herum??? Das hätte schon vor vier Jahren Chefinnen-Sache sein können“, so der BDL-Bundesvorsitzende.

Er kann gar nicht mehr zählen, wer dem größten Jugendverband im ländlichen Raum wie oft seine Unterstützung zugesichert hat. „Doch mit Worten allein kommen die Daten auch nicht ins Haus. Da muss die Regierung sich auf Gigabyteziele festlegen und darf nicht hoffen, dass der Markt das regelt. Das funktioniert nicht“, wettet Sebastian Schaller.

Sicher werden die Mittel, die aus der Versteigerung von Frequenzen kommen, nicht ausreichen, um auch die letzte Familie digital vom Mond zu holen. Aber natürlich müssen diese Mittel, wie die Bundeskanzlerin es dem Städtetag gesagt hat, in die ländlichen Räume fließen. Da hat sie uns ganz fest an ihrer Seite.

„Auch wenn das vermessen klingt, wir wollen mehr. Wir wollen eine klare und ambitionierte Strategie zum Ausbau der Breitbandversorgung in der ganzen Bundesrepublik, in der die ländlichen Räume eine hohe Priorität bekommen. Wir wollen Breitband für alle und das nicht nur als Wahlversprechen, sondern so, dass wir unsere Zukunft flächendeckend digital gestalten können“, macht der BDL-Bundesvorsitzende deutlich und weiß bei dieser Forderung jede und jeden der rund 100.000 ehrenamtlich Aktiven in seinem Verband hinter sich. Dazu muss die Übertragungsrate für 100 Prozent der Fläche dynamisch an die technische Entwicklung angepasst werden, sagt der junge Mann und verspricht: „Mit weniger werden wir uns nicht zufrieden geben.“

Mehr zu den Forderungen des BDL zur Bundestagswahl 2017 gibt's online unter www.landjugend.de bzw. <http://wahl.landjugend.info>

Quelle: Bund der Deutschen Landjugend e.V., 07.06.2017